

MEHR GRÜN FÜR GÖTTINGEN!

GRÜNE ZEITUNG ZU DEN KOMMUNALWAHLEN  AM 11. SEPTEMBER



Unser Wahlprogramm

GRÜNE Zukunftspläne auf 54 Seiten

Noch nie haben die GRÜNEN ihre Pläne und Ziele für die kommende Ratsperiode umfassender dokumentiert als bei dieser Kommunalwahl. Das auf der Stadtmitgliederversammlung am 2. Mai einstimmig beschlossene Programm definiert auf 54 Seiten die drei Schwerpunkte unserer Fraktionsarbeit und unsere politischen Ziele in zehn weiteren wichtigen Politikfeldern. Einen ersten Überblick geben bereits die Kapitelüberschriften:

Schwerpunkte:

- Klimaschutz und Energie
- Bildungsgerechtigkeit und -qualität
- Zuwanderungsfreundliche Stadt

Weitere wichtige Arbeitsfelder:

- Schutz vor Ausgrenzung – für sozialen Zusammenhalt
- Schutz der Umwelt und ökologischen Vielfalt
- Nachhaltiger Städtebau
- Demographische Entwicklung
- Gleichstellung und Frauenförderung
- Kulturförderung
- Sportförderung
- Förderung lokaler Demokratie
- GRÜNE Kommunale Finanzpolitik
- Regionalisierung

Wenn Sie noch gute Gründe suchen, warum Sie GRÜN wählen sollten, dann werden Sie hier in jedem Falle fündig: www.Gruene-Goettingen.de

Kommunalwahl kurz und knapp

Wer und was steht zur Wahl?

Am 11.9.2011 entscheiden in Göttingen 95.000 Wahlberechtigte über die Zusammensetzung des Stadtrats und der neun Ortsräte. Da Göttingen eine kreisangehörige Stadt ist, entscheiden sie gleichzeitig über die Zusammensetzung des Kreistages für den Landkreis Göttingen und per Direktwahl über die Landrätin. Wählen kann, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein besitzt. Außer bei der Landratswahl, bei der nur eine Stimme zu verteilen ist, hat jedeR WählerIn bei der Stimmabgabe für die kommunalen Vertretungen jeweils drei Stimmen. Dabei können entweder alle drei Stimmen einem Wahlvorschlag (Listenwahl) oder einer BewerberIn (Personenwahl) gegeben werden (kumulieren), oder die Stimmen werden auf verschiedene Wahlvorschläge und/oder BewerberINNEN verteilt (panaschieren). Weitergehende Informationen unter: www.wahlen.goettingen.de



Nutzen Sie die Briefwahl!

Die für die Briefwahl notwendigen Unterlagen können per Post (Anschrift: Stadt Göttingen, FD Statistik und Wahlen, Hiroshimaplatz 4, 37083) oder FAX (0551-4002409) formlos beantragt werden unter Angabe von Name, Geburtsdatum, Göttinger Anschrift, Versandadresse und Telefonnummer für Rückfragen. Wer nichts falsch machen möchte, findet einen Vordruck unter www.wahlen.goettingen.de. Die Stimmabgabe erfolgt durch Rücksendung der ausgefüllten Unterlagen an die Stadt (s.o.). Es besteht aber auch die Möglichkeit, direkt in das Briefwahlbüro im Neuen Rathaus (Nebengebäude, 4.OG) zu gehen, sich die Unterlagen dort auszuhändigen zu lassen (Personalausweis mitbringen!) und die Wahl an Ort und Stelle durchzuführen.

Warum es diesmal wirklich etwas zu gewinnen gibt!

Der Wind hat sich gedreht im Land. Vor der letzten Kommunalwahl 2006 rangierten die GRÜNEN noch unter „ferner liefen“. Warum es diesmal nach der Wahl in Göttingen deutlich GRÜNER werden könnte? Hier sechs Antworten:

Göttinger GRÜNE segeln mit bundespolitischem Rückenwind!

Unsere Themen Atomausstieg, Energiewende, Klimaschutz, Bildungsgerechtigkeit und Integration haben Konjunktur, nicht erst seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima. MeinungsforscherInnen bescheinigen den GRÜNEN zudem, dass sie es wie keine andere Partei verstanden haben, vorausschauende Politik zu betreiben, Zukunftsthemen zu besetzen, ein klares Profil zu entwickeln und ihre Positionen glaubwürdig zu vertreten. Die Folge ist ein Anstieg in der Wählergunst. Im Herbst 2006 als die GRÜNEN bei der Wahl zum Stadtrat 20,8% der Stimmen bekamen und hinter SPD und CDU drittstärkste Kraft wurden lagen sie bei der Berliner „Sonntagsfrage“ der Meinungsforschungsinstitute noch bei 9%. Die gleichen Institute sehen uns heute bei über 20%! Wir segeln also mit bundespolitischem Rückenwind.

GRÜNE, SPD und CDU gleichauf – jede Stimme zählt!

Die Konkurrenz macht es uns derzeit denkbar einfach, jede Partei auf ihre Weise. Erstmals sehen wir daher die Chance, im Rennen um die zukünftige Sitzverteilung im Stadtrat zu den selbst ernannten „Volksparteien“ CDU und SPD mindestens aufzuschließen und mit Christel Wemheuer sogar die erste GRÜNE Landrätin zu stellen. Vielleicht ist alleine schon die Aussicht, dass am Ende erstmals die GRÜNEN die Nase vorne haben könnten, für unsere WählerInnen eine zusätzliche Motivation, sich an der Stimmabgabe zu beteiligen. Wir würden es uns wünschen!

Mitgliederzahlen und Motivation im „Allzeithoch“

Andere Parteien klagen über schwindende Mitgliederzahlen. Wir haben erstmals seit unserem Bestehen in Göttingen fast 400 Mitglieder. Und nicht nur das: Viele von ihnen sind auch bereit sich aktiv einzubringen und für GRÜNE Ziele einzusetzen!

Südspange, IGS, Integrationskonzept - GRÜNE Erfolge!

Die klare Ablehnung der Südspange bei der Bürgerbefragung im Juni 2010 geht wesentlich auf das Engagement der BI Göttinger Süden und auf eine Kampagne der GRÜNEN zurück. Damit haben wir in Göttingen den härtesten politischen Kampf der vergangenen Jahrzehnte in unserem Sinne entschieden – gegen eine Koalition aus CDU, SPD und FDP, die leider derzeit versucht, dem Projekt mit Hilfe der Umlandgemeinden wieder die Hintertür zu öffnen. Weitere GRÜNE Erfolgsgeschichten, darunter die Gründung neuer Gesamtschulen, 300 neue KiTa-Plätze, neue Konzepte für Klimaschutz- und Integration u.v.m. finden Sie auf den folgenden Seiten.

Wir sind die aktivste und durchsetzungsfähigste Fraktion

Im Bündnis mit unserem Haushaltspartner SPD wedelte in der letzten Ratsperiode beständig der Schwanz mit dem Hund. In der Öffentlichkeit haben wir uns nicht nur als aktivste („Unsere MindMap“ auf S.3) und durchsetzungsfähigste Fraktion profiliert, sondern auch als diejenige, die programmatisch am genauesten weiß, was sie will und sich in ihren Positionen am stärksten an fachlichen Argumenten orientiert („Unser Wahlprogramm“ s. links). Wir werden zunehmend als „Konzeptpartei“ anerkannt.

Wir haben das beste Programm!

Mit den drei Schwerpunkten „Klimaschutz und Energie“, „Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität“ sowie „Göttingen, zuwanderungsfreundliche Stadt“ (s. S.2/3) besetzen wir weiterhin die wichtigsten Zukunftsthemen unserer Zeit. Wir zeigen mit unserem umfangreichen Wahlprogramm, dass wir auch in anderen Themenbereichen inhaltlich wie keine andere Partei genau wissen, was wir wollen. Für die Umsetzung dieses Programms bitten wir um Ihre Stimme!

Unser vollständiges Programm finden Sie im Internet unter www.Gruene-Goettingen.de

GRÜNE Veranstaltungen zur Kommunalwahl: Diskutieren Sie mit uns!

29.8.2011 um 18.30 Uhr im Holbornschen Haus (Rote Straße 34)

Ohne Atom und Kohle – 100% erneuerbar in die Zukunft

Mit Christel Wemheuer (Landratskandidatin), Stefan Wenzel (Vors. unserer Landtagsfraktion), Sabine Morgenroth (Mitglied unserer Stadtratsfraktion).

5.9.2011 um 18.30 Uhr im Holbornschen Haus (Rote Straße 34)

Mobilitätskonzepte jenseits von Südspangenphantasien

Mit Christel Wemheuer (GRÜNE Landratskandidatin) und Ulrich Holefleisch, verkehrspolitischer Sprecher der Ratsfraktion

6.9.2011 um 18.30 Uhr im Holbornschen Haus (Rote Straße 34)

Integration und Toleranz – nur ein Sommermärchen?

Mit Prof. Scott S. Gissendanner (Sozialwissenschaftler, Uni Göttingen). Filiz Polat (MdL), Mehmet Tugcu (Integrationsratsvorsitzender, Stadtratsfraktion)

8.9.2011 von 18-22 Uhr auf dem Wochenmarktplatz

Wahlkampfabschlussveranstaltung mit Jürgen Trittin

9. und 10. September ganztägig am Alten Rathaus

48-Stunden-Wahlkampfstand

Organisiert von der GRÜNEN Jugend



Christel Wemheuer LANDRÄTIN - MITWIRKUNG

Haben Sie eine realistische Chance, als Landrätin gewählt zu werden?

Eindeutig ja! Auch ich profitiere vom Stimmungswandel im Land. Ich spreche mit vielen Menschen und stelle immer wieder fest, dass wir GRÜNEN mit unseren Vorstellungen bei den Menschen auf so positive Resonanz stoßen wie noch nie und viele freuen sich auf eine grüne Landrätin.

Und mit welchen Zielen treten Sie an?

Ich möchte mehr MITWIRKUNG der BürgerInnen an allen politischen Entscheidungen, eine zügige Umsetzung der Energiewende in der Region, konsequenten Klimaschutz, Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität an unseren Schulen und Kitas und zukunftsfähige Konzepte, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Ich möchte unsere vielfältige kulturelle Landschaft erhalten und eine bessere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, damit zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen.

Was reizt Sie an dem Landrätinnenjob?

Zurzeit bin ich im Landkreis Göttingen Dezernentin für Bauen, Planen, Umwelt, Ordnung und Verkehr und ich mache diese Arbeit sehr gern und mit voller Kraft. Als Landrätin sind meine Gestaltungsmöglichkeiten aber natürlich größer. Ich habe klare Ziele vor Augen, die ich als Landrätin gemeinsam mit dem Kreistag besser umsetzen kann.

Was macht für Sie den Charme dieser Stadt aus?

Göttingen ist eine weltoffene Universitätsstadt mit viel Entwicklungspotenzial und einem attraktiven Kulturangebot in einer wunderbaren landschaftlichen Umgebung.

Ihr Lieblingsort in Göttingen?

Die Innenstadt mit ihren vielen kleinen Geschäften.

Wann haben Sie Ihr Interesse an Politik entdeckt?

Mit 13 habe ich in meinem Zimmer Plakate aufgehängt mit dem Inhalt „Frieden in Vietnam“. Familiär hat das damals für viel Aufregung gesorgt.

Und wofür sind Sie das erste Mal zum Demonstrieren auf die Straße gegangen?

Anfang der 70er Jahre habe ich erstmals an einer Schülerdemo vor dem alten Kreishaus teilgenommen. Damals ging es um eine bessere Ausstattung der Berufsschulen.

Welches Buch hat Sie als erstes politisch geprägt?

Der Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit aus dem Jahre 1972: „Die Grenzen des Wachstums“. Leider haben die Autoren in vieler Hinsicht Recht behalten.

Wann und warum sind Sie bei den GRÜNEN eingetreten?

1986 im Tschernobyljahr. Ich bin damals nach Gleichen gezogen und wollte mich an meinem Wohnort kommunalpolitisch einbringen. Beheimatet in der Anti-AKW- und Umweltbewegung, war dies für mich ein logischer Schritt, meine politischen Vorstellungen konsequent umzusetzen. Die GRÜNEN zogen damals mit „global denken, lokal handeln“ in den Wahlkampf. Genau das habe ich gemacht.

Aber es war nicht Ihr Kindertraum, Landrätin zu werden?

Nein, als Kind wollte ich Schafzüchterin in Australien werden. Ich habe es mir toll vorgestellt, mit Pferd und Hund in der Natur unterwegs zu sein.

Worüber können Sie sich (politisch) so richtig aufregen?

Über populistische Politiker, denen es nicht um die Sache sondern nur um Macht geht.

Was tun Sie, um sich zu entspannen?

Im Garten arbeiten, Marmelade einkochen, Kuchen backen, Romane lesen und laufen.

Worüber haben Sie sich in letzter Zeit am meisten gefreut?

Über die wachsende Bereitschaft der Menschen in Göttingen, die Energiewende in die eigenen Hände zu nehmen und umzusetzen. Da ist gerade richtig was in Bewegung.

Ihr Lebensmotto?

Gemeinsam können wir es schaffen!

Vita:

Christel Wemheuer ist 55 Jahre alt, wohnt in Groß Lengden, ist verheiratet und hat eine erwachsene Tochter. Über den zweiten Bildungsweg wurde sie Chemielaborantin, später Chemieingenieurin und Diplom-Politologin. Von 1991 bis 2003 war sie Mitglied im Kreistag, seit 1994 als Fraktionsvorsitzende. Seit 2003 ist sie Dezernentin für Planen, Bauen, Umwelt, Ordnung und Verkehr im Landkreis Göttingen.

Grüne Erfolgsgeschichten

Südspange? Nein Danke!

Weil SPD und GRÜNE im Rat erfolgreich zusammenarbeiten, sich aber über den Bau der Südspange nie einig konnten, beschlossen sie 2010, erstmals in der Geschichte Göttingens eine Bürgerbefragung durchzuführen, um dem Ringen um den größten politischen Zankapfel Göttingens ein Ende zu bereiten. Diese Einigung war Startschuss für eine engagierte und hervorragend organisierte Kampagne, die von der BI Göttinger Süden und den GRÜNEN getragen wurde, am Ende mit Erfolg.



Im Juni 2010 lehnten 60,7% der GöttingerInnen den Bau der Straße durch das beliebte Naherholungsgebiet im Süden Göttingens ab, bei überraschend hoher Wahlbeteiligung von 40%. Leider ignorieren einige Gemeinderäte von CDU, SPD und FDP dieses Votum und haben beantragt, die Südumgehung trotzdem wieder ins Regionale Raumordnungsprogramm aufzunehmen. Der sicherste Weg, diese Straße in allen ihren Varianten zu verhindern, heißt daher weiterhin: GRÜN wählen!

Eine halbe Milliarde für Klimaschutz

Seit 2010 hat Göttingen ein „Integriertes kommunales Klimaschutzkonzept“. Erarbeitet wurde es auf Druck der GRÜNEN sage und schreibe 25 Jahre nachdem wir die Erstellung erstmals im Rat beantragt haben. Beteiligt waren alle wichtigen Akteure der Region, darunter Stadt, Stadtwerke, Universität, Energieversorger, Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmen, Initiativen wie Reinstrom und der e-Punkt, Umweltverbände usw.. Der Bericht listet über 300 Maßnahmen auf, zu deren Umsetzung sich die Beteiligten verpflichtet haben. In ihrem Abschlussbericht kommen Stadt, Stadtwerke und Universität



zu der Einschätzung, dass die Umsetzung zu einer Wertschöpfung von etwa 520 Mio. € bis 2020 führen wird von denen 280 Mio. in der Region verbleiben, verbunden mit der Schaffung von über 4000 Arbeitsplätzen.

Kartellverfahren als Türöffner für Rekommunalisierung

Seit Dezember 2010 hält unsere Ratsfraktion den EON Konzern, der seine Gewinne vor allem mit Atom- und klimaschädlichem Kohlestrom erwirtschaftet, gleich mit zwei Kartellverfahren in Atem: Zum einen hat die Niedersächsische Landeskartellbehörde auf mehrfache Nachfrage der Fraktion eingeräumt, dass sie den zwischen der Stadt und der EON Mitte AG abgeschlossenen Konzessionsvertrag, der EON bis zum Jahr 2021 zum Betrieb der Göttinger Stromnetze berechtigt, für nichtig hält. Bei Abschluss des Vertrages im Jahr 2001 sei auf die notwendige wettbewerbliche Ausschreibung verzichtet worden, so die Begründung der Kar-

Durch hartnäckiges Nachsetzen haben wir damit möglicherweise die Tür geöffnet für eine Rekommunalisierung unserer Stadtwerke und Stromnetze. Denn vom Ergebnis der beiden Verfahren wird abhängen, ob und zu welchen Konditionen die Stadt – nötigenfalls durch ein entsprechendes Klageverfahren – vorzeitig aus dem derzeitigen Konzessionsvertrag aussteigen kann. Wir wollen den Zugriff auf die Stromnetze, die Durchleitungsrechte, den Vertrieb des Stroms und nach Möglichkeit auch seine Produktion unter einem Dach und möglichst demokratisch und bürgernah organisieren. Die dafür notwendigen Schritte wollen wir in den



tellwächter. Zum anderen ermittelt auch das Bundeskartellamt auf unser Betreiben gegen die EON Mitte AG wegen verbotener Nebenleistungen im Zusammenhang mit der Neuausschreibung zahlreicher Konzessionsverträge in Niedersachsen, Hessen, Thüringen und NRW. Hier geht es v.a. um die rechtlich fragwürdige Rolle der von EON gegründeten „Energie Aktiv Mitgestalten gGmbH“.

kommenden fünf Jahren durch juristische Gutachten und Ratsinitiativen vorbereiten und so weit wie möglich umsetzen. Wir gehen davon aus, dass sich Konzepte, wie sie z.B. in Schönau und Wolfhagen erfolgreich realisiert wurden, nicht „eins zu eins“ auf Göttingen übertragen lassen, aber sie werden uns eine wichtige Orientierung sein.

Schwerpunkt Klimaschutz und Energie

Verkehrswende

- Durch integrierte Stadtentwicklung wollen wir Verkehr sinnvoll lenken, reduzieren und nach Möglichkeit vermeiden. Als Zwischenziel wollen wir den Ausstoß klimaschädlicher Abgase bis 2020 um mindestens 40% (gegenüber 1990) vermindern. Um dieses Ziel zu erreichen, muss sich die städtebauliche Planung am **Leitbild der kompakten Stadt der kurzen Wege** orientieren.
- Auf unser Drängen wurde eine „**klimaschonende**“ **Überarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP)** mit intensiver Bürgerbeteiligung eingeleitet. Dieses Steuerungsinstrument muss die Anforderungen sozialverträglicher Mobilität mit denen des Umweltschutzes, insbesondere des Emissionsschutzes (CO₂, NO₂, Ruß, Lärm u.a.) und der Reduzierung des Flächenverbrauchs sowie der Unfallprävention zusammenführen. Nachhaltige Lösungen dürfen nicht den Zwängen des Autoverkehrs untergeordnet werden.
- **Umverteilung des „Modal Split“**: Durch „Push and Pull-Maßnahmen“ wollen wir die Anteile von Bahn-, Bus-, Rad- und Fußverkehr am Gesamtverkehr stärken und die Nutzung des Autos vermindern.
- Die Benutzung des Fahrrads ist gesund und umweltfreundlich. Es braucht weniger Platz, verursacht geringere Kosten und lässt sich Ressourcen schonender herstellen als jedes andere Verkehrsmittel. Der **Ausbau der Fahrradinfrastruktur** (Verkehrswege, Stellplätze, Übergänge zum ÖPNV, Radsporthotellen u.a.) ist daher die wirksamste Methode, den Stadtverkehr umweltfreundlicher und sozialverträglicher zu gestalten. Auch an der Entflechtung des Labyrinth der Radfahrverbote in der Innenstadt werden wir weiterarbeiten.
- Wir streben eine **Ausweitung des Shared Space** an. Dieses Konzept verzichtet auf die Aufteilung der Straße in Fahrbahn, Stellplätze, Rad- und Fußwege (z.B. vor der Uni-Aula). Es zwingt zur Rücksichtnahme, entschleunigt den Verkehr und mindert Unfallgefahren.
- **Um den Rad“fernverkehr** schnell und attraktiv zu machen, brauchen wir einen weiteren **Ausbau der Fahrradstraßen und -haupt-routen** – auch für den Berufsradverkehr! Der Metropolregions-Radweg Bovenenden-Rosdorf hat unsere volle Unterstützung.
- Das **Busangebot wollen wir sichern** und – so weit finanzierbar – das Liniennetz ausbauen und die Taktung verkürzen. Der technische Standard und Komfort der komplett modernisierten Busflotte soll mindestens gehalten werden. Service-Angebote (z.B. kostenlose Fahrradbeförderung) sollen sinnvoll ergänzt werden. Wir bemühen uns darüber hinaus, den Busverkehr stärker an den Arbeitszeiten der Universität (u.a. Campus-Shuttle) und Betriebe (Job-Ticket) auszurichten und die Abstimmung der Fahrpläne der Verkehrsbetriebe GöVB, VSN und RBB sowie der Bahn zu optimieren.
- Strom aus regenerativen Quellen wird absehbar fossile Brennstoffe als wichtigster Energieträger für unsere Mobilität ablösen. E-Bikes und Pedalecs sind bereits seriell und bieten v.a. in unseren Hanglagen und Bergdörfern schon heute eine erstnhafte Alternative zum Auto. Diesen **Ausbau der Elektromobilität** wollen wir vorantreiben, z.B. durch die Einrichtung von Stromtankstellen.
- Jedes **Car-Sharing-Auto** lässt an einem neuen Standort in seiner Umgebung acht bis zehn private PKW verschwinden. Diesen Wandel vom Besitzen zum Verfügen und die damit verbundenen Umnutzung des öffentlichen Raumes werden wir fördern. Auch Kombi-Angebote mit Bahn-, Bus- und Fahrrad sind denkbar.
- Um den motorisierten Verkehr verantwortbar abzuwickeln und Emissionen (CO₂, NO₂, Staub, Lärm u.a.) und Unfallgefahren zu vermindern, halten wir eine **Entschleunigung des Autoverkehrs** für notwendig. Dazu bedarf es „Grüner Wellen“, v.a. aber einer Ausweitung von Tempo-30-Zonen und Spielstraßen. Zudem fordern wir in einem Modellversuch die Ausweitung von Tempo 40 als Regelgeschwindigkeit. Maßnahmen zur Geschwindigkeitsmessung und –überwachung sind auszuweiten.
- Orientiert am **„Vision-Zero-Konzept“** der VCD möchten wir erreichen, dass kein Mensch bei Verkehrsunfällen zu Tode kommt, was in Göttingen in einzelnen Jahren bereits gelungen ist. Da die Unfallgefahr mit der Fahrgeschwindigkeit überproportional zunimmt, halten wir nicht nur verkehrssichernde Maßnahmen an Unfallschwerpunkten für notwendig, sondern auch eine Entschleunigung des Verkehrs. Und weil auch Lärm und Feinstaub krank machen, werden wir uns auch für die konsequente **Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie der EU** einsetzen und einen weiteren Anlauf zur **Einrichtung einer Umwelzone** unternehmen.
- Wo möglich wollen wir bestehende Straßen und Parkplätze zurückzubauen. Straßenneubau ist nur zur Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete diskutabel. Zudem werden wir sicherstellen, dass das Bürgervotum gegen den Bau der Südspange im Rat bestand hat (s. „**Südspange – Nein Danke!**“)

Energiewende

- Der Energieverbrauch der Stadt beträgt derzeit 2.3 Mio MWh/Jahr (ohne Verkehr). Diesen Verbrauch wollen wir durch effiziente Technologien und Energiesparmaßnahmen senken und die Versorgung auf regenerative Energien umstellen. Wichtiges Zwischenziel ist die Selbstverpflichtung des Rates, den Ausstoß klimaschädlicher CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu senken.
- Unverzichtbare Voraussetzung für die Realisierung dieser Ziele ist die **Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Energieerferats**. Die Sanierung unserer Schulen (Heizungserneuerung, Dämmung u.a.), die „klimafreundliche“ Überarbeitung unserer Bauordnung, die Gründung der Energieagentur und die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes wären ohne dieses Referat nicht möglich gewesen.
- Auf gemeinsame Initiative unserer Rats- und Kreistagsfraktion wurde 2009 die **Energieagentur Region Göttingen** gegründet. Mit ihrer Hilfe sollen über die unmittelbare Zuständigkeit der Verwaltungen hinaus Akteure vernetzt und Impulse gegeben werden für Klimaschutzmaßnahmen in der Region, z.B. durch Kampagnen und Fachveranstaltungen. Wir werden die Handlungsfähigkeit dieser Agentur sichern, sie aber auch dabei unterstützen, sich wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen – unabhängig v.a. von EON.
- Seit 2010 hat Göttingen ein „Integriertes kommunales Klimaschutzkonzept“ (s. „Eine halbe Milliarde für den Klimaschutz“). Wir werden die **Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes** absichern und nach Möglichkeit beschleunigen.
- Im Jahr 2008 hat die Stadt dem Atomkonzern EON erstmals den Stecker gezogen und den **Wechsel zu einem Ökostromanbieter** beschlossen. Bei der Neuausschreibung der Verträge werden wir sicherstellen, dass die Stadt weiterhin Ökostrom bezieht.
- Wir werden die systematische **energetische Sanierung öffentlicher Gebäude** fortsetzen. Dabei verfolgen wir das Ziel, jährlich mindestens ein Gebäude (z.B. eine Schule) in Passivhausbauweise „durchzusaniieren“ (neue Heizung, Dämmung u.a.).
- Ebenso werden wir uns weiterhin für **mehr Energieeffizienz** einsetzen, angefangen beim Einsatz energieeffizienter Computer und Kühlschränke bis zur Umrüstung unserer Straßenbeleuchtung und Ampelanlagen.
- Mit unseren Versuchen, **anspruchsvollere Energiestandards für Neubauten** in der Bauordnung festzuschreiben, sind wir teilweise am Widerstand der Verwaltung und des Rats gescheitert. Hier werden wir neu Anlauf nehmen.
- Den **Ausbau regenerativer Energien** werden wir vorantreiben. Zur Förderung der **Solarenergie** wollen wir weitere „öffentliche“ Dächer für PV-Anlagen bereitstellen (u.a. auf Schulen), die Bauordnung „installationsfreundlich“ gestalten und ein Solarkataster erstellen. Vierbeleben wollen wir die Diskussion über den Bau von **Windkraftanlagen**. Ohne sie ist das Erreichen der Klimaziele im Stadtgebiet nicht möglich. Dabei legen wir Wert auf windgünstige Standorte und intensive Bürgerbeteiligung. Zur Demokratisierung des Strommarktes und Förderung der regionalen Wertschöpfung setzen wir auf Bürgeranlagen! Eine Ausweitung der **Erdwärmenutzung** halten wir für möglich.
- Die bei der Stromgewinnung aus Gas, Öl und Biomasse erzeugte Prozesswärme möchten wir mit Hilfe der **Kraft-Wärme-Kopplung in Blockheizkraftwerken (BHKW)** in stärkerem Maße nutzen. Mit Hilfe dieser Brückentechnologie können Häuser und ganze Wohnviertel mit Strom und Nahwärme versorgt werden.
- Wir wollen den Zugriff auf die Stromnetze, die Durchleitungsrechte, den Stromvertrieb und die Produktion - so weit wie möglich - in eine Hand legen und bürgernah und demokratisch organisieren. Hindernis auf diesem Weg ist der große Einfluss von EON. Die EON Mitte AG hält 49% der Stadtwerke-Anteile, besitzt das Stromnetz der Stadt und verfügt durch den mit der Stadt abgeschlossenen Konzessionsvertrag bis 2021 auch über die Durchleitungsrechte. Auf Grundlage juristischer Gutachten werden wir die Möglichkeit eines früheren Ausstiegs prüfen, und die **Rekommunalisierung der Stadtwerke und Netze** so weit wie möglich vorbereiten und umsetzen. Die durch die Ratsfraktion veranlassten Kartellverfahren sind dafür möglicherweise ein wichtiger politischer Hebel (s. „Kartellverfahren als Türöffner für Rekommunalisierung“).



Schwerpunkt Göttingen, zuwanderungsfreundliche Stadt

- Zwanzig Prozent der in Göttingen lebenden Menschen haben eine familiäre Zuwanderungsgeschichte, die maximal zwei Generationen zurückliegt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass sich Göttingen als **weltoffene Universitätsstadt** profiliert und sich dieser Anspruch auch in den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Strukturen deutlich widerspiegelt.
- Wir betrachten **Integration als Querschnittsaufgabe**, die alle Bereiche staatlicher Organisation angeht. Auf unser Drängen sorgt daher ein neues Referat für Integration, das unmittelbar dem Oberbürgermeister unterstellt ist, seit 2008 für die Koordination der notwendigen Maßnahmen. Die neuen Strukturen ermöglichen einen verbesserten Zugang zu Informationen und einen stärkeren Einfluss auf andere Organisationseinheiten. An dieser Weichenstellung werden wir nicht rütteln lassen.
- Die **Umsetzung des Integrationskonzeptes** (s. „Ein neues Integrationskonzept...“). werden wir finanziell absichern. Wenn der OB die **Umsetzung** - wie angekündigt - bis zum Jahr 2015 zum Abschluss bringt, werden wir uns für eine Neuaufgabe einsetzen.
- Den **Integrationsrat** als gewählte Interessenvertretung von MigrantInnen in Göttingen möchten wir durch finanzielle Absicherung seiner Strukturen und eine enge Kooperation im Rat weiter stärken.
- Wir setzen uns für eine **humane Umsetzung des Bleiberechts** ein. Angesichts kompromisslos harter Gesetze und Weisungen des Landes fordern wir beharrlich, alle verbleibenden Ermessensspielräume im Interesse der Betroffenen zu nutzen. Darüber hinaus konnten wir in vielen Fällen Betroffenen bei Ämtergängen helfen, ihre Rechte geltend zu machen. Hieran werden wir anknüpfen.
- Noch viel dringender brauchen wir eine **Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen des Bleiberechts!** Ein Skandal ist z.B. die derzeitige Altfallregelung, die Residenzpflicht, die gängige Praxis der Kettenuldungen sowie die Tatsache, dass Alte, Kranke und Behinderte zur Erlangung eines sicheren Aufenthalts die gleichen Einkommensnachweise zu erbringen haben wie gesunde Erwerbstätige. Dieses menschenunwürdige „Vertreibungsrecht“ kritisieren wir nach wie vor.
- Verhindern wollen wir v.a. die **Abschiebungen in die Republik Kosovo**. 500 der bundesweit 13.000 betroffenen Roma und Ashkali leben in Stadt und Landkreis Göttingen. Zahllose Protestnoten konnten die Bundesregierung nicht dazu bewegen, die Abschiebungen in dieses vom Bürgerkrieg und ethnischen Säuberungen gezeichnete Land auszusetzen. Unser Protest geht weiter.
- Wir werden einen neuen Anlauf nehmen zur **Abschaffung der „Gutscheinpraxis“**. Diese Regelung ist diskriminierend und unwürdig, zumal die an AsylbewerberInnen ausgehängigten Gutscheine von den meisten Geschäften abgelehnt werden.

Schwerpunkt Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität

- Bildung beginnt mit der Geburt. Es ist Stand der Fachdiskussion, dass die entscheidenden Weichenstellungen zum kognitiven und sozialen Lernen in frühester Kindheit erfolgen. Umso wichtiger ist die frühzeitige Erkennung von Förderbedarfen – auch im familiären Umfeld. Aus den Kitas von heute wollen wir daher **Familienzentren** von morgen machen. Eltern möchten wir so stärker an wichtigen Bildungsprozessen ihrer Kinder in den Kitas beteiligen. Vätern und Müttern aus benachteiligten Familien soll zudem durch den niederschweligen Zugang zur KiTa die Möglichkeit gegeben werden, ihre Elternkompetenz zu stärken und Beratung und Hilfestellung in Anspruch zu nehmen, z.B. bei der Verbesserung ihrer Sprachfähigkeiten.
- Wir haben durchgesetzt, dass die Verwaltung den Bedarf in den Kitas nicht mehr alleine definiert. Denn: **Bedarf ist was Eltern als Bedarf formulieren!** Um diesen Paradigmenwechsel zu sichern, werden wir uns weiterhin für regelmäßige Elternumfragen als Grundlage der KiTa-Bedarfsplanung einsetzen.
- Den **Ausbau der institutionellen Kitas** und eine anspruchsvolle **Qualitätssicherung** werden wir – dem Willen und den Rechtsansprüchen der Eltern entsprechend – weiter vorantreiben (s. „300 neue KiTa-Plätze“).
- Die Göttinger KiTa-Gebührpraxis weist nachweislich eine bundesweit einmalige Schiefe auf. Durch eine **neue Beitragsstaffelung** wollen wir für mehr Gebührengerechtigkeit sorgen und v.a. Geringverdienende entlasten, die bislang den vollen Eingangssatz zahlen, obwohl ihr Einkommen nur knapp über der Grenze liegt, unterhalb derer sie von Gebühren vollständig freigestellt wären. Niemand darf durch KiTa-Gebühren zum Sozialfall werden! Davon unabhängig fordern wir bundespolitisch die vollständige Gebührenfreiheit für alle KiTa-Plätze.
- Zeitweise arbeiteten an den Göttinger Kitas in öffentlicher Trägerschaft 124 Frauen, aber nur 2 Männer! Wir möchten, dass mehr **männliche Pädagogen** in unseren Kitas eingestellt werden – nicht um Frauen traditionelle Arbeitsplätze wegzunehmen, sondern um im Kindesalter Geschlechterrollenbildern nachhaltig zu verändern.
- Wir wollen die **Förderung der Sprachfähigkeiten ab dem frühen Kindesalter** ausbauen, denn der Bedarf hat stark zugenommen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt die Vernachlässigung der frühkindlichen Sprachförderung durch das Land notfalls kompensiert. Ebenso setzen wir uns für eine Überprüfung der Strukturen zur therapeutischen Unterstützung bei Legasthenie und Dyskalkulie ein, deren Finanzierung nicht in die Zuständigkeit der Kommunen gehört sondern in die der Krankenkassen.
- Die größte schulpolitische Herausforderung der kommenden Ratsperiode ist der einklagbare **Rechtsanspruch auf Inklusion**. Aus ihm ist die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Kinder am normalen Unterricht abzuleiten. Die notwendigen Änderungen des Schulgesetzes schiebt das Land seit Jahren vor sich her. Trotz der ungeklärten Gesetzeslage und Finanzierung setzen wir uns dafür ein, dass vor Ort das Mögliche getan wird, um in Abstimmung mit dem Behindertenrat und den Betroffenen zu sinnvollen Lösungen zu kommen. Dabei geht es v.a. um die Einrichtung barrierefreier Zugänge und Lehrräume, um die Weiterbildung des pädagogischen Personals und um die Akzeptanz bei SchülerInnen, Kollegien und Eltern.
- Wir haben eine klare Präferenz für **langes gemeinsames Lernen aller SchülerInnen**, was sich am besten an integrierten Gesamtschulen (IGS) umsetzen lässt. Da die Zahl der Gesamtschul-Anmeldungen die der freien Plätze auch nach der Gründung der IGS Bovenenden (s. „Durchbruch für Integrierte Gesamtschulen“) deutlich übersteigt, fordern wir die **Einrichtung mindestens einer weiteren IGS bis 2016** im breiten Dialog mit der Bürgerschaft. Letztlich entscheidend ist aber nicht das Etikett, sondern die **Umsetzung der Qualitätsmerkmale „guter Schule“**. Orientierung liefert uns die Praxis der besten deutschen Schule, der IGS Geismar.
- Weiterhin möchten wir **mindestens eine neue Ganztagsschule pro Jahr** einrichten. Von den Nachmittagsangeboten (insbesondere an Grundschulen), die in stärkerem Maße kreative und körperliche Begabungen ansprechen, profitieren nicht nur die Kinder, sondern auch Erwachsene, v.a. Alleinerziehende. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird dadurch deutlich erleichtert.
- Begleitend setzen wir uns an Ganztagsanschulen für eine **Verbesserung der Qualität der Schul- und KiTa-Essen** ein, die wir als Stadt erheblich subventionieren. Ziel ist u.a. das Angebot an regional und ökologisch erzeugten Lebensmitteln zu erhöhen und den Fleischkonsum zu vermindern. Gen-Food und bedrohte Arten haben auf Speiseplänen nichts zu suchen.
- Der Anteil der SchulabreicherInnen in Göttingen liegt mit 3% unter dem Bundesdurchschnitt (7%). Das Versprechen einer **Schulabschluss- und Ausbildungsgarantie** für alle Jugendlichen ist noch nicht eingelöst. Notwendig ist ein frühzeitiger Erkennen von Förderbedarfen und eine gezielte individuelle Förderung in den Schulen sowie beim Übergang in den Beruf. Wir streben daher eine bessere Koordinierung der Akteure des regionalen Bündnisses für Ausbildung an.
- Wir möchten eine **intensivere Kooperation der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis**. Auch wollen wir sie stärker als Bildungsdienstleister für Verwaltungen und Schulen nutzen und die Kooperation mit der Beschäftigungsförderung ausbauen.

Ein neues Integrationskonzept für Göttingen



IntegrationspolitikerInnen in Aktion: Kristian Stano, Filiz Polat (MdL) und Mehmet Tugcu

Integrationsmaßnahmen wurden von der Stadt lange allenfalls unsystematisch umgesetzt. Im Jahr 2005 haben wir daher die Erstellung eines Integrationskonzeptes beantragt. Ziel war es, die Betroffenen und Migrantenorganisationen mit Politik und Verwaltung ins Gespräch zu bringen, gemeinsam Ideen zu entwickeln und daraus ein Paket nach Prioritäten geordneter Handlungsansätze zu schnüren. Gleichzeitig versuchte unsere Fraktion, im Rathaus die strukturellen Rahmenbedingungen zu verbessern, erstens durch eine stärkere Einbindung des Integrationsrates und zweitens durch die Einrichtung eines dem OB unterstellten Referats für Integration. Es sollte Integration als Querschnittsauf-

gabe im ganzen Rathaus verankern und stärker Einfluss nehmen, z.B. auf die Einstellungspolitik der Verwaltung. Das neue Referat gab 2008 den Startschuss für einen Beteiligungsprozess mit Großveranstaltungen im Ratssaal und zahlreichen Arbeitsgruppentreffen. Ein Jahr später wurde der Ergebnisbericht vorgestellt. Seitdem arbeitet das Referat die Prioritätenliste des Integrationskonzeptes Schritt für Schritt ab. Die Maßnahmen reichen von Beratungs-, Hilfs- und Sprachlernangeboten über die Erstellung eines Ergebnismessungswegweisers für MigrantInnen bis hin zur Ausbildung von KulturdolmetscherInnen und besonderen sozialraumbezogenen Angeboten.

Durchbruch für Integrierte Gesamtschulen

Den GRÜNEN ist es erstmals seit 40 Jahren gelungen, die Gründung Integrierter Gesamtschulen (IGS) durchzusetzen, zunächst mühsam in Bovenenden, später überraschend auch in Duderstadt. Voraussetzung war die Aufhebung des Neugründungsverbotes für Gesamtschulen, die den Regierungsparteien im Landtagswahlkampf 2008 abgetrotzt werden konnte. Im taktischen Zusammenspiel der GRÜNEN Fraktionen im Stadtrat und Kreistag mit ihren Haushalts- bzw. Gruppenpartnern gelang es, die verbliebenen bürokratischen Hürden aus dem Weg zu räumen. Orientierung gab uns dabei stets die IGS Göttingen-Geismar, die im Juni als beste Schule Deutschlands ausgezeichnet wurde. Sie erhielt den Deutschen Schulpreis für die Förderung gemeinsamen Lernens bis zur Klasse 10, für den Verzicht auf Schulnoten bis Klasse 8 und auf leistungsbedingtes Sitzenbleiben bzw. Ab-



schulen sowie für ihr einzigartiges System leistungsheterogener Tischgruppen. Die Abbrecherquote ist sensationell niedrig, der Notendurchschnitt besser als an den meisten Gymnasien und deutlich mehr SchülerInnen als an anderen Schulen erreichen höhere Schulabschlüsse als ihre Schulumfhebung in Klasse 5 erwarten ließ. Diese im wahren Sinne des Wortes „ausgezeichnete“ Praxis ist unser Gegenkonzept zum gegliederten Schulsystem, das viel zu viele Kinder frühzeitig aussortiert und „nach unten durchreicht“.

300 neue KiTa-Plätze

Wir sind 2006 angetreten, dem Elternwillen durch Ausbau der institutionellen Kitas gerecht zu werden. Das Ergebnis sind fast 300 zusätzliche KiTa-Plätze! Auch wenn die Bedarfsdeckung noch nicht erreicht ist, bietet keine andere Stadt dieser Größe ein vergleichbares Angebot.

Was wir allerdings dringend brauchen, um auch angemessene Betreuungszeiten und Ausbildungsstandards der MitarbeiterInnen sicherstellen zu können, ist ein stärkeres Engagement des Landes, das sich dreist seiner gesetzlichen Verantwortung für die Finanzierung entzieht.

Unsere Mindmap - Ratspolitik einmalig dokumentiert



Das „Back Office“ der Fraktion im Rathaus: Andreas Bresler u. Jürgen Bartz mit der Mindmap

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren eine so genannte Mindmap eingerichtet. In dieser sind sämtliche Anträge, Anfragen (inklusive Antworten der Verwaltung), Pressemitteilungen und sonstigen wichtigen Dokumente der Fraktionsarbeit vollständig und übersichtlich dokumentiert. Die weit über 300 Dateien sind nach übergeordneten politischen Zielen

geordnet, lassen sich mit einer Suchfunktion durchstöbern und geben einen umfassenden Überblick über die Arbeit der unzweifelhaft aktivsten Fraktion im Göttinger Rathaus. Machen Sie sich selbst ein Bild! (und schauen Sie vor allem ob andere Fraktionen ähnliches zu bieten haben)

www.Gruene-Goettingen.de/Stadtratsfraktion

Geismar



Ernst Gottwald, Nicolai Zipfel, Steffanie Wirth, Michael Höfer, Sabine Morgenroth

Grone



Yonas Schiferau, Katja El-Hachach, Kristian Stanar, Mehmet Tugcu

Innenstadt (Stadtrat)



Mathias Müller, Lara Piepkorn, Katrin Reuter, Rolf Becker

Innenstadt (Kreistag)



Dietmar Linne, Maria Gerl-Plein, Susanne Wiedermann

Unsere KandidatInnen für Stadtrat und Kreistag

Oststadt



Hans-Georg Schwedhelm, Linda Barnewold, Rahima Valena, Uli Holefleisch (nicht im Bild: Horst Roth, s. Seite 3, 1.v.R.)

Weende



Michael Schluff, Margit Göbel, Regine Drewniak, Sascha Völkening (nicht im Bild: Lino Klevesath, Anja-Carola Vaupel)

KOMMUNALWAHL AM 11.9.2011

In den Wahlbezirken kandidieren für den ...

Stadtrat

- Oststadt**
 1 Ulrich Holefleisch
 2 Rahima Valena
 3 Horst Roth

- Geismar**
 1 Sabine Morgenroth
 2 Michael Höfer
 3 Ernst Gottwald
 4 Thomas Harms

- Grone**
 1 Mehmet Tugcu
 2 Katja El-Hachach
 3 Yonas Schiferau

- Weende**
 1 Margit Göbel
 2 Sascha Völkening
 3 Michael Schluff
 4 Regine Drewniak

- Innenstadt**
 1 Katrin Reuter
 2 Rolf Becker
 3 Lara Piepkorn
 4 Matthias Müller

Kreistag

- Oststadt**
 1 Hans-Georg Schwedhelm
 2 Linda Barnewold
 3 Matthias Brachmann

- Geismar**
 1 Steffani Wirth
 2 Nicolai Zipfel
 3 Thomas Deimel-Bessler

- Grone**
 1 Kristian Stanar
 2 Katja El-Hachach

- Weende**
 1 Anja-Carola Vaupel
 2 Lino Klevesath
 3 Robert Land

- Innenstadt**
 1 Maria Gerl-Plein
 2 Dietmar Linne
 3 Susanne Wiedermann
 4 Dirk-Claas Ulrich

Ortsrat

- Elliehausen/Esebeck**
 1 Harald Wiedemann
 2 Editha Reiß

- Geismar**
 1 Steffani Wirth
 2 Thomas Harms
 3 Ute Döring- Mederake

- Grone**
 1 Maria Gerl- Plein
 2 Yonas Schiferau

- Herberhausen**
 1 Ingeborg Rippen
 2 Gerd Rippen

- Nikolausberg**
 1 Bernd-Michael Weide
 2 Susanne Knoke

- Roringen**
 1 Rahima Valena
 2 Ingo Herbst

- Weende**
 1 Frank Vaupel
 2 Jutta Abramowski

Keine Zukunft trotz Zukunftsvertrag?

Wie entschuldet man eine Stadt, der die Schulden über den Kopf wachsen, obwohl sie den Gürtel längst enger schnallt, freiwillige Leistungen kürzt und weniger in öffentliche Infrastruktur investiert als für deren Erhalt notwendig wäre? Diese Frage beschäftigt den Göttinger Stadtrat derzeit brennend, denn die CDU/FDP-Landesregierung hat uns einen „Zukunftsvertrag“ angeboten: Das Land will mit sofortiger Wirkung bis zu 75% der städtischen Schulden übernehmen (maximal 145 Mio.€). Im Gegenzug soll sich die Stadt verpflichten, zehn Jahre lang einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Das strukturelle Defizit von durchschnittlich 8 Mio.€/Jahr soll je zur Hälfte durch Einsparungen und Mehreinnahmen ausgeglichen werden. Kein sehr attraktives Angebot, aber auch ein „Weiter so“ wäre verantwortungslos. Schließlich wird bis zum Jahr 2016 ein Anstieg der Schulden von 200 auf 270 Mio.€ erwartet bei gleichzeitig steigenden Kreditzinsen. Um unsere finanziellen Handlungsmöglichkeiten nicht vollends einzubüßen, halten wir ernsthafte Verhandlungen mit Land und Bund über Entschuldungshilfen für unumgänglich. Allerdings ist dieser „Zukunftsvertrag“ leider eher eine Zumutung als eine Hilfestellung. Die an eine 75%ige Entschuldung geknüpften Bedingungen würden zu einem Kahlschlag freiwilliger Leistungen führen. Wenn wir am Ende kaum

noch Schulden haben, aber auch keine öffentliche Infrastruktur, wäre nichts gewonnen. Völlig unklar ist derzeit, in welchem Umfang ein ernsthafter Verhandlungsspielraum für eine Entschuldung besteht, die unterhalb von 75% liegt, vor allem hinsichtlich der geforderten Gegenleistungen der Stadt Göttingen bei Ausgabeverringerungen und Einnahmeverbesserungen. Da wir bislang nicht einmal alle Eckpunkte des Vertrags kennen, haben wir es abgelehnt, uns vor der Kommunalwahl klar für oder gegen eine Zustimmung zu positionieren. Und so lange werden wir uns auch nicht zu einer Debatte über möglicherweise existenzgefährdende Kürzungen bei Einrichtungen nötigen lassen, die auch wir gerne erhalten möchten. Davon unabhängig hätte eine Zustimmung zum Vertrag auch die politischen Handlungsspielräume des neu zu wählenden Rates weitreichender beschnitten als wir für vertretbar hielten. Die Denkschrift des Niedersächsischen Städtetages zur finanziellen Situation der Kommunen dokumentiert, dass keineswegs der angeblich verschwenderische Umgang mit öffentlichen Geldern Ursache für die wachsenden Schulden ist: Die Zuweisungen an die Kommunen reichen einfach nicht aus, um die ihnen von Bund und Land übertragenen Aufgaben zu finanzieren. Daher werden wir weiter-

hin für eine Reform der Finanzverfassung und der Verteilung staatlicher Einnahmen zu Gunsten der Kommunen einsetzen, sowohl gegenüber den regierenden Parteien als auch in unseren eigenen Parteistrukturen. Ähnliches Engagement erwarten wir auch von der Verwaltungsspitze im Rathaus. Und ganz wichtig: Eine abschließende Entscheidung über den „Zukunftsvertrag“ wird es mit uns ohne eine breite öffentliche Debatte über Chancen und Risiken nicht geben. Wenn sich abzeichnen sollte, dass eine Mehrheit im Rat eine Variante des Zukunftsvertrages für zustimmungsfähig hält, werden wir ggf. das „Vorschalten“ einer Bürgerbefragung vorschlagen. Zuvor erwarten wir von der Verwaltung eine transparente und detaillierte Darstellung der entscheidungsrelevanten Grundlagen für eine Vertragsannahme oder - ablehnung.

Impressum
 Herausgeber und V.i.S.d.P
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Stadtverband Göttingen
 Raymond Rordorf

Kontakt:
 Lange-Geismar-Straße 73
 37073 Göttingen
 Telefon: 0551/55594
 Fax: 0551-5316206
 gruene.goettingen@t-online.de
 www.gruene-goettingen.de

Auf dem Weg in die Region

Im Herbst 2008 haben die Grünen in den Kreistagen in Northeim und Osterode sowie im Göttinger Stadtrat und Kreistag mit gleichlautenden Anträgen die Diskussion über die Bildung einer verfassten Region in Südniedersachsen angestoßen. Der anfängliche Sturm der Entrüstung ist mittlerweile bei allen Parteien in einen Prozess ernsthafter Abwägung übergegangen. Inzwischen haben alle vier Kommunalparlamente der Erstellung eines gemeinsamen „Hesse-Gutachtens“

zugestimmt, um Handlungsoptionen zu prüfen und die emotional geführte Debatte zu versachlichen. Das Gutachten wird im Herbst vorliegen. Doch auch heute schon spricht vieles für die Bildung eines gemeinsamen „Regionalkreises“. Einige Umlandgemeinden werden in kaum einem Jahrzehnt nahezu ein Viertel ihrer Bevölkerung verlieren. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels - vor allem im ländlichen Raum - verlieren die Kommunen in dra-

matischer Weise finanzielle Mittel und Handlungsspielräume. Vorhandene Infrastruktur wird von immer weniger Menschen getragen, finanziert und genutzt. Daher haben wir im Jahr 2008 eine Debatte angestoßen, um frühzeitig auf die sich abzeichnenden Probleme reagieren zu können. In der verstärkten interkommunalen Kooperation sehen wir eine Chance, Teile der überörtlichen Verwaltung zusammenzufassen, sie effizienter zu organisieren und dadurch negative

Auswirkungen des Strukturwandels teilweise aufzufangen, z.B. im Bereich der Regional- und Schulplanung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Abfallwirtschaft und Beschäftigungsförderung, um nur einige Beispiele zu nennen. Auch der ruinöse kommunale Wettbewerb um niedrige Steuersätze und Gewerbeansiedlungen muss endlich ein Ende haben. Ob wir letztlich das Ziel einer Zusammenlegung der drei Landkreise mit der Stadt Göttingen anstreben, werden wir

erst dann entscheiden, wenn verlässliche und belastbare Daten über die Auswirkungen vorliegen. So viel ist aber sicher: Wir haben den Zug ins Rollen gebracht und werden ihn nicht aus ideologischen Gründen aus dem Gleis werfen. Wir wollen eine offene Diskussion auf der Grundlage verlässlicher Informationen, eine intensive Bürgerbeteiligung und am Ende die beste Lösung für die Region, in deren Mitte wir uns ein starkes Oberzentrum Göttingen wünschen.

